Gemeinde Besenthal

Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung Besenthal am Montag, den 04.12.2023;
Dörphuus, Am Brink 3, 23899 Besenthal

Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 21:15 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender/Bürgermeister

Schmidt, Florian

Gemeindevertreterin

Kröger, Doreen

Gemeindevertreter

Eberwein, Thomas

Heitmann, Sönke

Kröger, Rainer

Ladewig, Marko

Mahnke, Andreas

Schriftführerin

Kreker, Julia

Abwesend waren:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Bekanntgabe des Beschlusses aus nichtöffentlicher Sitzung
- 3) Niederschrift der letzten Sitzung
- 4) Änderungsanträge
- 5) Bericht des Bürgermeisters

- 6) Einwohnerfragestunde
- 7) Selbstständiger Bebauungsplan Nr. 2 "Photovoltaikanlagen" für das Gebiet: "Beiderseits der Autobahn 24 (A24), Flurstücke 1/6, 2/8, 10/35, 12/5, 21/5, 22/5, 23, 24 der Flur 2, Flurstücke 1/3, 4, tlw. 49, 51/8, 60, 61 der Flur 1, Gemarkung Besenthal"
hier: Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Bauleitplanungskosten vom 26.05.2023
- 8) 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2023
- 9) Wertgrenze zur Rechnungsabgrenzung
- 10) Bewertungsrichtlinie
- 11) Inventurrichtlinie
- 12) Haushaltssatzung nebst Ergebnis und Finanzplan 2024
- 13) Neubau einer Grundwassermessstelle in der Gemeinde Besenthal
- 14) Verschiedenes

Tagesordnungspunkte

Öffentlicher Teil

1) **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Schmidt eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht ergangen und die Gemeindevertretung beschlussfähig ist.

2) **Bekanntgabe des Beschlusses aus nichtöffentlicher Sitzung**

Herr Schmidt teilt mit, dass kein Beschluss gefasst worden ist. Es wurde festgestellt, dass ein Pachtvertrag ausläuft. Für die weitere Verpachtung liegt schon ein Angebot vom Pächter vor.

3) **Niederschrift der letzten Sitzung**

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift vom 10.10.2023 erhoben.

4) **Änderungsanträge**

Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

5) **Bericht des Bürgermeisters**

Herr Schmidt spricht seinen Dank aus an die Familien Ladewig und Schmidt für die Tannenbaumspende sowie an die Helfer des Laternenumzuges.

Ferner teilt Herr Schmidt mit, dass die zwei Freiwilligen für die Schöffenwahl nicht gewählt worden sind.

So dann informiert Herr Schmidt, dass die Wege am „Bohrturm“ zum Ruhm hin sowie der „Wasserkrüger Weg“ immer noch nicht in Stand gesetzt worden sind. Hierzu werden jetzt weitere Maßnahmen ergriffen.

6) **Einwohnerfragestunde**

Ein Bürger fragt zum Sachstand des Ortseingangsschildes nach. Herr Schmidt teilt hierzu mit, dass durch das Ordnungsamt im Frühjahr ein Begehungstermin stattfinden wird.

Ein Bürger gibt an, dass die Wassergruben nicht mehr geräumt werden. Herr Schmidt berichtet hierzu, dass der Gewässerunterhaltungsverband hierfür zuständig ist und entsprechende Entscheidungen trifft.

Ein Bürger bittet zum Thema Flüchtlingsunterkunft in der Gemeinde Besenthal um weitere Auskünfte.

Herr Schmidt informiert hierzu, dass auch im nächsten Jahr das Amt Büchen nach einem bestimmten Aufteilungsschlüssel neue Flüchtlingszuweisungen erhalten wird. Daher werden weitere Unterkünfte benötigt.
Das Amt hat Mobilheime angeschafft, welche auf verschiedene Gemeinden aufgebaut werden sollen.
Die Gemeinden geben den Platz für den Aufbau der Mobilheime selbst vor.

7) **Selbstständiger Bebauungsplan Nr. 2 "Photovoltaikanlagen" für das Gebiet: "Beiderseits der Autobahn 24 (A24), Flurstücke 1/6, 2/8, 10/35, 12/5, 21/5, 22/5, 23, 24 der Flur 2, Flurstücke 1/3, 4, tlw. 49, 51/8, 60, 61 der Flur 1, Gemarkung Besenthal"**
hier: Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Bauleitplanungskosten vom 26.05.2023

Frau Reinke geht auf die Fragen der letzten Sitzung vom 10.10.2023 ein.

Der Städtebauliche Vertrag zur Übernahme der Bauleitplanungskosten vom 26.05.2023 wurde beidseitig gezeichnet. Die Firma Vattenfall GmbH forderte in § 14 „Wirksamwerden“ eine nachträgliche Zustimmung zum Vertrag durch die Gemeindevertretung.

In der Sitzung der Gemeindevertretung am 10.10.2023 wurde der Beschluss ver­tagt und ein Prüfauftrag an das Amt Büchen erteilt. Die Amtsverwaltung verweist zur Klärung der Fragen auf die Antworten des für die Gemeinde Besenthal eingeschalteten Rechtsanwaltes von Weissleder & Ewer, Kiel vom 28.02.2023.

Zu § 5 Abs. 1 des Städtebaulichen Vertrages

Es sollte kein Höchstbetrag aufgeführt werden

Die Stellungnahme des Rechtsanwalts der Gemeinde lautet:

„Angesichts des vereinbarten Kostendeckels sollten Sie im Laufe des Aufstel­lungsverfahrens die Kostenentwicklung im Auge behalten und regelmäßig überprüfen. Sofern sich, etwa aufgrund von zusätzlichen für die Zusammen­stellung des Abwägungsmaterials erforderlichen Gutachten, herausstellen, dass die tatsächlichen Gesamtkosten 200.000 Euro netto übersteigen werden, so könnte die Gemeinde hierauf reagieren, indem sie dann auf die Vat­tenfall Solar GmbH zugeht und mit dieser über den Ab­schluss eines neuen Kostenerstattungsvertrags oder die Abänderung des vorliegenden Vertrags verhandelt. Sofern es zu einer solchen Vereinbarung dann nicht käme, könnte die Gemeinde erwägen, von der weiteren Förderung des Bebauungsplanver­fahrens Abstand zu nehmen und keine weiteren Planungs- und Gutachterkos­ten zu verursachen.“

Der Kostendeckel wurde daraufhin auf 300.000,- Euro netto erhöht.

Zu § 5 Abs. 7 des Städtebaulichen Vertrages

Das Rücktrittsrecht ist genau zu definieren

Die Stellungnahme des Rechtsanwalts der Gemeinde lautet:

„Eine klarstellende Regelung zu dieser Möglichkeit, den Rahmen für die Kos­tenerstattung nachträglich noch zu erweitern, sieht der Vertragsentwurf in § 5 Abs. 7 ja auch ausdrücklich vor.“

Zu § 6 Kosten des Städtebaulichen Vertrages

Können der Gemeinde Besenthal noch irgendwelche Kosten entstehen

Die Stellungnahme des Rechtsanwalts der Gemeinde lautet:

„Dass der Vertrag in § 6 verwaltungsinterne Personalkosten und Sachkosten von der Erstattung durch den Vorhabenträger ausnimmt, ist rechtlich nicht zwingend, gleichzeitig aber auch nicht ungewöhnlich. Verwaltungsinterne Kosten durch vertragliche Regelungen auf den Investor abzuwälzen scheitert nicht selten daran, dass sie schwerer zu beziffern und zu konkretisieren sind. Vor allem bei Personalkosten der gemeindlichen Verwaltung ist sehr viel schwerer abzugrenzen, welche Anteile der Personalkosten kausal durch die Planung verursacht werden und nicht als „Sowieso-Kosten“ ohnehin von der Gemeinde zu tragen wären.“

Herr Schmidt stellt den Sachverhalt erneut zur Diskussion. Die Gemeindevertretung ist sich einig, eine Kostendeckelung gem. § 5 Abs. 1 im Vertrag nicht zu zustimmen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung genehmigt den in der Anlage beigefügten Vertrag.

Abstimmung: Ja: 0 Nein: 7 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

8) 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2023

Frau Kreker erläutert die Vorlage, welche jedem Gemeindevertreter vorliegt.

Herr Schmidt merkt an, dass die Förderung des Notstromaggregates im Haushalt nicht mitaufgeführt ist.

Hierzu teilt Frau Kreker mit, dass dies mit der Jahresrechnung bei Zahlung berücksichtigt wird.

Sodann bittet Herr Schmidt um Abstimmung.

Aus der Vorlage:

Der Nachtragshaushalt 2023 der Gemeinde Besenthal weist unter Berücksichtigung einer Entnahme aus den allgemeinen Rücklagen in Höhe von TEUR 7 einen ausgeglichenen Gesamthaushalt auf.

Beide Teilhaushalte sind in sich ebenfalls ausgeglichen. Der Verwaltungshaushalt steigt sowohl in den Einnahmen als auch in den Ausgaben um TEUR 15 auf TEUR 225 und der Vermögenshaushalt um TEUR 7 auf TEUR 22.

Nachstehend sind die wesentlichen Veränderungen der beiden Teilhaushalte aufgeführt:

Verwaltungshaushalt:**Ausgaben:**

Wohngemeindeanteil KiTa	EUR 7.500,00
Schulverbandsumlage	EUR 3.800,00
Amtsumlage	EUR 1.800,00
Sonderumlage Kindergärten	EUR -5.000,00

Einnahmen:

Konzessionsabgabe	EUR 1.800,00
-------------------	--------------

Vermögenshaushalt:**Ausgaben:**

Erwerb Zapfwellengenerator	EUR 6.900,00
----------------------------	--------------

Einnahmen:

Entnahme aus der Rücklage	EUR 7.400,00
---------------------------	--------------

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Besenthal beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den 1. Nachtragshaushaltsplan 2023 nebst den vorgeschriebenen Anlagen in der vorgelegten Fassung.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

9) Wertgrenze zur Rechnungsabgrenzung

Frau Kreker erläutert die Vorlage, welche jedem Gemeindevertreter vorliegt.

So dann bittet Herr Schmidt um Abstimmung.

Aus der Vorlage:

In Schleswig-Holstein ist der Umgang mit Rechnungsabgrenzungsposten im § 49 GemHVO-Doppik S.-H. geregelt.

Fallen Zahlung und Aufwand bzw. Ertrag in unterschiedliche Haushaltsjahre ist zur ordnungsgemäßen haushaltsjahrbezogenen Ergebnisermittlung eine Rechnungsabgrenzung vorzunehmen. Die Jahresergebnisse sind periodengerecht zu ermitteln. Dabei sind sämtliche Aufwendungen und Erträge periodengerecht in dem Haushaltsjahr zu buchen, dem sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Dabei gibt es im gemeindlichen Haushaltsrecht grundsätzlich keine direk-

ten Regelungen zu einer Bagatellgrenze, d.h. eine Wertgrenze, unterhalb derer eine Rechnungsabgrenzung nicht erfolgen muss. In den Bereichen, in denen Steuerrecht anzuwenden ist, ergibt sich eine Bagatellgrenze aus der Rechtsprechung des BFH.

Sowohl das Handelsrecht als auch das gemeindliche Haushaltsrecht lassen aber an verschiedenen Stellen deutlich werden, dass kleinere Unschärfen hingenommen werden bzw. auf den Ausweis von unwesentlichen Positionen verzichtet werden kann. Beispiele finden sich beim Festwert- und Durchschnittswertverfahren nach § 37 GemHVO-Doppik, den Inventurvereinfachungsverfahren nach § 38 GemHVO-Doppik. Daneben gibt es ein Aktivierungswahlrecht für das Disagio in § 49 Abs. 2 GemHVO-Doppik. Die Bemessung von Rückstellungen erfolgt nach vernünftiger Beurteilung und lässt somit Spielräume zu (§ 41 Abs. 6 GemHVO-Doppik).

Vor diesem Hintergrund könnte auf den Ansatz eines Rechnungsabgrenzungspostens dort verzichtet werden, wo wegen der Geringfügigkeit der in Betracht kommenden Beträge eine Beeinträchtigung des Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage nicht zu befürchten ist - wie etwa bei der Abgrenzung regelmäßig wiederkehrender, der Höhe nach bedeutungsloser Beträge, wie z. B. Steuern und Versicherungen für einen nur aus wenigen Fahrzeugen bestehenden Fuhrpark. Einer derartigen Handhabung stünde auch der Grundsatz der Vollständigkeit nicht entgegen (Adler/Düring/Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Unternehmen, 6. Aufl., HGB § 250 Rz 44).

In der Praxis muss bei der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik die Rechnungsabgrenzung EDV-technisch durch die Übertragung von Kassenresten erfolgen (Aufwand/Ertrag im kameralen Jahr, Zahlung im doppischen Jahr) oder durch Buchung über Forderungs-/Verbindlichkeitskonten (ggfs. VV-Konten) und entsprechende Abwicklung im doppischen Jahr (Zahlung im kameralen Jahr, Ergebnis im doppischen Jahr). Hierdurch entsteht ein erhöhter Buchungsaufwand.

Dabei stellt sich aus verwaltungsökonomischer Sicht natürlich die Frage, ob hier Aufwand (erhöhter Buchungsaufwand) und Nutzen (ordnungsgemäße Ermittlung des Jahresergebnisses) in einem vertretbaren Verhältnis stehen.

Grundsätzlich wird aus verwaltungsökonomischer Sicht und aufgrund der Tatsache, dass bei der Umstellung auf die Doppik ein erhöhter Verwaltungsaufwand anfällt- die Festsetzung einer Wertgrenze für die Rechnungsabgrenzung im Zuge der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik für vertretbar gehalten.

Der o.g. Mehraufwand beim Buchen der Rechnungsabgrenzung fällt in den

Folgejahren (Jahreswechsel zwischen zwei doppelten Haushaltsjahren) nicht mehr an; hier sollte jede Finanzsoftware entsprechende Buchungsvereinfachungen vorsehen und eine (fast) automatische Verbuchung der Rechnungsabgrenzungen möglich sein.

Daher stellt sich die Frage nach dem Grund einer Bagatellgrenze für Rechnungsabgrenzungen, wenn durch die Rechnungsabgrenzung kein (bzw. kaum ein) Mehraufwand anfällt.

Die in der Frage angesprochene Wertgrenze von 410 € beruht auf einem Beschluss des BFH v. 18.03.2010, X R 20/09 und bezieht sich allein auf das Steuerrecht. „Auch das Einkommensteuerrecht selbst verzichtet in bestimmten Fällen auf einen periodengerechten Ausweis. So [war] gemäß § 6 Abs. 2 EStG (i. d. F. des Streitjahrs) die Sofortabsetzung von geringwertigen Wirtschaftsgütern mit einem Wert bis zu 410 EUR erlaubt.“ „Ebenso wie nach § 6 Abs. 2 EStG a. F. bei geringwertigen Wirtschaftsgütern auf eine planmäßige Abschreibung nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer verzichtet werden kann, kann auch in Fällen, in denen der Wert des einzelnen Abgrenzungspostens 410 EUR nicht übersteigt, auf eine Abgrenzung verzichtet werden.“ (so der BFH).

Die Wertgrenze von 410 € gibt es im gemeindlichen Haushaltsrecht - mit Ausnahme der Unternehmen und Einrichtungen, die der Körperschaftsteuerpflicht unterliegen - nicht.

Der Argumentation des BFH folgend, wäre eine Bagatellgrenze bei 500 € in Anlehnung an § 38 Abs. 4 GemHVO-Doppik denkbar.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Besenthal beschließt, dass der Auffassung des BFH gefolgt wird und eine Wertgrenze für Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 500,00 EUR festgelegt wird.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

10) Bewertungsrichtlinie

Frau Kreker stellt die Vorlage vor, die jedem Gemeindevertreter vorliegt.

So dann bittet Herr Schmidt um Abstimmung.

Aus der Vorlage:

Im Zuge der Umstellung des Haushaltswesens auf das Neue Kommunale Rechnungswesen ist es für die Aufstellung der Eröffnungsbilanz gem. §§ 54 bis 55

GemHVO-Doppik S.-H. erforderlich, das gesamte Vermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten des Amtes Büchen und den amtsangehörigen Gemeinden zu erfassen und zu bewerten.

Grundlage für die Erfassung und Bewertung des Vermögens sind die Regelungen der GemHVO-Doppik S.-H. Um eine weitgehend einheitliche Erfassung und Bewertung des Vermögens und deren Schulden im Land Schleswig-Holstein zu gewährleisten, wurde vom Innovationsring Schleswig-Holstein eine Handlungsempfehlung zur Vermögenserfassung und Bewertung herausgegeben. Basierend auf der GemHVO-Doppik S.-H. vom 30.08.2012, zuletzt geändert durch Verordnung vom 02.12.2014 wird eine Bewertungsrichtlinie für das Amt Büchen und den amtsangehörigen Gemeinden erlassen.

Sie gilt lediglich für die Aufstellung der Eröffnungsbilanzen zum 01.01.2024. Die ab dem Haushaltsjahr 2024 bestehenden Geschäftsvorfälle sind nach der Aktivierungsrichtlinie zu verarbeiten.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Besenthal beschließt die Bewertungsrichtlinie zur Bewertung des kommunalen Vermögens und den Schulden im Rahmen der Einführung des neuen Haushalts- und Rechnungswesens.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11) Inventurrichtlinie

Frau Kreker trägt die Vorlage vor, die jedem Gemeindevertreter vorliegt.

So dann bittet Herr Schmidt um Abstimmung.

Aus der Vorlage:

Im Zuge der Umstellung des Haushaltswesens auf das Neue Kommunale Rechnungswesen ist es für die Aufstellung der Eröffnungsbilanz gem. §§ 54 bis 55 GemHVO-Doppik S.-H. erforderlich, das gesamte Vermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten der Gemeinde Besenthal zu erfassen und zu bewerten. Zentrales Element zur Erfassung und Bewertung bildet die durchzuführende Inventur aller im Eigentum befindlicher Vermögensgegenstände.

Grundlage für die Erfassung der Vermögensgegenstände sind die Regelungen der GemHVO-Doppik S.-H. Um eine weitgehend einheitliche Erfassung im Land Schleswig-Holstein zu gewährleisten, wurde vom Innovationsring Schleswig-Holstein eine Handlungsempfehlung zur Vermögenserfassung in Form einer Mus-

terinventurrichtlinie herausgegeben. Basierend auf der GemHVO-Doppik S.-H. vom 30.08.2012, zuletzt geändert durch Verordnung vom 02.12.2014 wird eine Inventurrichtlinie für das Amt Büchen und den amtsangehörigen Gemeinden erlassen.

Die Inventurrichtlinie ist die Grundlage für die Durchführung von Inventuren und für die Aufstellung von Inventaren. Die Inventurrichtlinie stellt sicher, dass das Vermögen und die Verbindlichkeiten ordnungsgemäß erfasst, einheitlich im Inventar abgebildet und nach gleichen Bewertungskriterien bewertet werden.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Besenthal beschließt die Inventurrichtlinie zur Erfassung des kommunalen Vermögens im Rahmen der Einführung des neuen Haushalts- und Rechnungswesens in der beigefügten Fassung.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

12) Haushaltssatzung nebst Ergebnis und Finanzplan 2024

Frau Kreker erläutert den Haushalt. Jedem Gemeindevertreter liegt die Vorlage vor.

So dann bittet Herr Schmidt um Abstimmung.

Aus der Vorlage:

Die Haushaltssatzung 2024 nebst Finanz- und Ergebnisplan 2024 wurde unter Umstellung auf die Doppik erstellt.

Der Ergebnisplan schließt mit einem negativen Jahresergebnis 2024 in Höhe von 29.900,00 € ab.

Die Erträge der Gemeinde Besenthal sind im Wesentlichen geprägt von:

Gemeindeanteile an der Einkommensteuer	39.200,00 €
Schlüsselzuweisungen	96.800,00 €
Grundsteuer A	7.000,00 €
Grundsteuer B	5.000,00 €
Gewerbesteuer	3.900,00 €

Den Erträgen stehen im Wesentlichen nachstehende Aufwendungen gegen:

Kreisumlage	43.700,00 €
Wohngemeindeanteil für die Gemeinde	37.500,00 €
Amtsumlage	31.200,00 €
Schulverbandsumlage	21.800,00 €

Sonderumlage Kindergärten 16.300,00 €

Der Finanzplan spiegelt zunächst die zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen aus der Verwaltungstätigkeit wieder. Darüber hinaus weist der Finanzplan die Investitionskosten aus.

Die Gemeinde Besenthal plant für das Haushaltsjahr 2024 keine investiven Maßnahmen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Besenthal beschließt die Haushaltssatzung 2024, den Ergebnis- und Finanzplan 2024 in der vorliegenden Fassung nebst den geforderten Anlagen in der vorgelegten Form.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

13) Neubau einer Grundwassermessstelle in der Gemeinde Besenthal

Herr Schmidt teilt mit, dass der Landesbetrieb für Küstenschutz am Sandweg/Herman Löhns Weg eine Grundwassermessstelle bohren will.

Die Gemeinde ist hierzu nur in Kenntnis zu setzen.

14) Verschiedenes

Herr Schmidt informiert über folgende bevorstehende Termine:

- 06.12.2023 lebendiger Adventskalender
- 08.12.2023 der Kirchenkreis lädt zum Seniorentreff ein
- 13.12.2023 Seniorenweihnachtsfeier sowie lebendiger Adventskalender
- 15.12.2023 Zusammensein bei der Freiwilligen Feuerwehr Langenlehsten
- 20.12.2023 lebendiger Adventskalender fällt aus

Ferner teilt Herr Schmidt mit, dass im nächsten Jahr der Termin für das Splitten der Hauptstraße festzulegen ist.

Abschließend bedankt sich Herr Schmidt bei allen für die Mitarbeit und der konstruktiven Kritik und schließt die Sitzung mit guten Wünschen für die Feiertage und dem neuen Jahr.

gez. Florian Schmidt
Florian Schmidt
Vorsitz

gez. Julia Kreker
Julia Kreker
Schriftführung